



AARGAUER
ZEITUNG
DIE NORDWESTSCHWEIZ

Der Aargau plant ein neues Gefängnis

Haftplätze Erfolgreicher Kampf gegen Kriminalität führt zu einer Oberbelegung

VON HANS LÜTHI

Das kommt einer kleinen Politbombe gleich, die mitten in die vorweihnachtliche Feststimmung rollt. Drei Wochen nach Budgetkürzung, Sparpaket und Lohn-Nullrunde für alle Staatsangestellte kündigt Polizeidirektor Urs Hofmann an, ein neues Gefängnis bauen zu wollen. Das Projekt für 18 bis 19 Millionen Franken ist als Anbau ans neue Zentralgefängnis in Lenzburg geplant. Die 60 zusätzlichen Plätze sind für Untersuchungshäftlinge und kurze Freiheitsstrafen vorgesehen. Die Aargauer Regierung hat bereits einen Planungskredit von 950 000 Franken bewilligt, die jährlichen Betriebskosten betragen 4 Millionen Franken.

Alte Gefängnisse bleiben in Betrieb
Der Erfolg der Aktion Crime Stop verschärft die teilweise massive Überbelegung im Aargauer Strafvollzug. Das Zentral- und die Bezirksgefängnisse sind zu über 100 Prozent belegt, in den Nachbarkantonen sieht es nicht besser aus. Darum bleibt laut Regierungsrat Hofmann kein anderer Weg als die Schaffung von neuen Haftplätzen. Weil die Zeit drängt, kommt der Kreditantrag schon im Sommer 2014 vor den Gros-

sen Rat. Bei einem Ja soll das Gefängnis Mitte 2016 bereit sein. Die veralteten Gefängnisse in Bad Zurzach, Bremgarten und Laufenburg bleiben bis 2015 in Betrieb.

Gefängnis für Ausschaffungen

Hofmann ist sich bewusst, dass die Gefängnis-Millionen keine Begeisterung auslösen werden, vor allem in seiner Partei, der SP nicht. «Das

«Das wünscht man sich in der Politik nicht, aber es ist zwingend nötig.»

Urs Hofmann, Polizeidirektor

wünscht man sich in der Politik nicht, aber es ist zwingend nötig», erklärte der Polizeidirektor dazu.

Neu sind auch die Pläne, ein interkantonales Ausschaffungsgefängnis zu bauen, mit der Nordwestschweiz und der Innerschweiz. Dazu laufen erste Abklärungen, die Bereitschaft und der Standort sind noch offen.

Die Aktion Crime Stop führte seit Mitte 2012 zu 600 Strafverfahren und 180 Fällen von Untersuchungshaft. Das konsequente Vorgehen gegen kriminelle Asylbewerber führte zu Hunderten von Rayon- und Einreiseverboten sowie Ausschaffungshaft. Dank dem Spezialeinsatz von 60 Polizisten «ist wieder Ruhe eingekehrt». Die Zahl der Diebstähle und Autoaufbrüche ging zurück. Bei den Einbrüchen haben die Fälle immerhin nicht zugenommen.